

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

Weltbegebenheiten

## Weltbegebenheiten.

Vom 1. Oktober 1921 bis 1. Juli 1922.

Als in den Oktober- und Novembertagen des Jahres 1918 die Friedensgerüchte sich immer mehr verdichteten und die Friedensvorschläge feste und präzise Gestalt annahmen, da ging nicht nur durch deutsche Gaue, sondern auch durch die ganze von der Kriegsfurie zerschlagene Welt ein frohes und lautes Hoffen. Was da in den Jahren 1914 bis 1918 vor sich gegangen war, das war kein

neue Welt nicht aufgebaut werden konnte. Vor die Wahl gestellt, zu wählen zwischen Krieg und Untergang oder Frieden und Völkerveröhnung, riefen wir in unserer Not nach Frieden.

Wir wollen uns keine unfruchtbaren Vorwürfe machen über die wahnsinnige und sinnlose Revolution des verhängnisvollen Novembers. Sie hat uns ohne Zweifel um einen ehrenhaften und je-



Reichsfinanzminister a. D. Matthias Erzberger ermordet am 26. August 1921.



Reichsaußenminister Dr. Walter Rathenau ermordet am 24. Juni 1922.

Krieg mehr, das war wie ein Strafgericht Gottes über alle Welt. Das fühlten wir alle und deshalb griffen wir so stürmisch und ohne lange zu überlegen und zu bedenken, nach der Friedenspalme, die Wilson der am Abgrund stehenden Welt entgegenreichte.

Hinter uns liegen drohend und warnend die übermenschlichen blutigen Kämpfe der Vergangenheit. Sie lehrten uns an eine Zukunft glauben, an deren Stufen verheißend die großen Ideen des Rechts, der Freiheit und der Gerechtigkeit standen. Darüber waren wir uns alle einig, daß mit Haß und mit einer gewissen „Zimmer feste druff“-Stimmung, mit Schwert und Gewalt eine

denfalls noch annehmbaren Frieden gebracht. Geschehenes läßt sich nicht mehr ungeschehen machen.

Soviel steht aber fest, daß jene Unrecht haben, die meinen, der Krieg besitze schöpferische und aufbauende Macht und sei ein notwendiges und unerläßliches Mittel einer starken und wahrhaft nationalen Politik.

Der Krieg war ein starker Lehrmeister und ein Erzieher zur Mäßigung nationaler Ansprüche. Es besteht kein Zweifel, daß die auswärtige Politik der meisten Staaten vor dem Kriege nicht nach christlichen Gesichtspunkten beurteilt und bestimmt wurde, sondern das Resultat großer Intriguen und verborgener diplomati-

scher Ränkepiele war und nur die äußeren Machtverhältnisse widerspiegelte. Die großen und mächtigen Nationen verteilten die Welt unter sich, während die kleinen und schwachen Nationen das Nachsehen hatten. Die Bedeutung der einzelnen Nationen im Rate der Völker entsprach genau ihrer Macht und ihr Recht reichte nie weiter als ihre Kanonen. Daher brauchten die Regierungen große Heere, gewaltige Flotten und waren gezwungen, dauernd einen ungeheuren militärischen Apparat in Bewegung zu halten, um immer gerüstet zu sein und die neuesten und furchtbarsten Waffen zu besitzen. Solange die großen Nationen durch militärische Rüstungen einander das Gleichgewicht hielten, solange mußten sie sich notgedrungen miteinander vertragen und verständigen. Sobald sich aber ein Staat eine Blöße gab, war der Augenblick für die anderen gekommen, um über ihn herzufallen.

Macht- und Gewaltpolitik ist Katastrophenpolitik. Sie muß notwendigerweise zum Kriege führen, weil der Krieg ihr wichtigstes politisches Mittel ist, um sich durchsetzen zu können.

Der Weltkrieg war die ganz naturgemäße Folge der Vorkriegspolitik, die glaubte, daß Schwert und Gewalt alle Fragen der Weltpolitik am schnellsten und am besten lösen könnten. Die Mehrheit des deutschen Volkes und die vernünftigen Politiker der übrigen Völker sind von diesem Irrtum durch den vierjährigen Krieg vollständig geheilt worden.

Zwischen der Zukunft, die noch dunkel vor uns aufsteigt und der nach außen hin so glänzenden Vergangenheit des deutschen Volkes, liegt der Krieg, den wir miterlebt haben. Er hat uns neue Wege gewiesen u. uns gelehrt, mehr an die Zukunft, die auf der Grundlage des Rechts, der Gerechtigkeit und der Völkerveröhnung aufgebaut werden soll, zu glauben, als an die Vergangenheit, die auf den Knauß des Schwerts sich stützend und nur der Macht vertrauend die Menschheitsgeschichte zu bewältigen hoffte.

Mit diesem Kriege im Rücken müssen wir Berge versehen können. Dazu gehört aber ein übermächtiger Glaube, der die Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, überwindet. Der fehlt der Welt noch, der fehlt auch noch großen Teilen unseres deutschen Vaterlandes.

Erzberger hat ihn besessen und hat mit feurigem Mut und furchtlos jene Politik bekämpft, die das Unglück von 1918 über unser deutsches Volk heraufbeschwor. Matthias Erzberger hat der Macht- und Gewaltpolitik den schärfsten Kampf

angesagt, weil sie der christlichen Weltanschauung ins Gesicht schlug und weil sie sich gegen uns wenden mußte, als das Kriegs- und Waffenglück sich immer mehr unseren Feinden zuwandte.

Was bleibt uns anderes übrig als das Recht und die Gerechtigkeit vor der ganzen Welt anzurufen und unsere Sache den Gesezen, die eine göttliche Ordnung der Welt und der Menschheit gegeben, anzuvertrauen, nachdem der Schwertglaube uns ins Elend gestürzt hatte?

Erzberger hat seine Kühnheit mit dem Leben bezahlen müssen. Weil er sein Vaterland geliebt, hat er für es sterben müssen. Als der große Patriot und Staatsmann unter den Schwarzwaldtannen den Kugeln fanatischer und irreführender junger Leute, die noch vom Glück des wilhelminischen Zeitalters träumten, erlegen war, da konnte man hoffen, daß der Mord, den man allgemein als die Folge unverantwortlicher Geze weiter Kreise ansah und den die Masse des Volkes mit Abscheu und Entrüstung von sich wies, reinigend wirken werde, wie das Gewitter, das über eine Landschaft dahinjagt.

Doch diese Hoffnung hatte betrogen; daß die Beteiligten und die den Mördern nahestehenden Kreise die ruchlose Tat von Oppenau nicht mißbilligten, beweisen nur zu sehr die Verhandlungen vor den Gerichtshöfen in Offenburg im Mai-Juni dieses Jahres.

Und kaum war der Offenburger Prozeß ausgegungen, da brachte der Draht schon wieder neue schredliche Kunde. Außenminister Dr. Rathenau wurde am hellen Tage auf der Fahrt zum Auswärtigen Amt von vier bis fünf unbekanntenen Männern verfolgt und niedergeschossen.

Rathenau hat dem deutschen Reich und dem deutschen Volk durch seine unermüdliche Arbeit und sein großes Wissen in den letzten Monaten wieder zu Ansehen verholfen und hat uns wieder Freunde verschafft draußen in der Welt. Er hatte sich für internationale Verständigung und Völkerveröhnung eingesetzt, weil er nur auf diesem Wege eine Erleichterung und Besserstellung für unser Volk für möglich hielt. „Er fiel nicht nur für sein Volk, er fiel um die Völkerveröhnung“, charakterisierte kurz und treffend Reichskanzler Dr. Wirth das tragische Ende dieses fähigen deutschen Staatsmannes.

„Wen Gott verderben will“, sagt ein altrömisches Sprichwort, „dem unnachtet er den Verstand!“ Wahrhaftig, gewisse Kreise unseres Volkes scheinen in Wahnsinn und rohsten Barbarismus gefallen zu sein. Denn rohe Gewalt wir-

immer wieder mit roher Gewalt beantwortet. Und nur der Geistesgegenwart der Regierung war es zu verdanken, daß der Sturm in den untersten Schichten unseres Volkes nicht losbrach und zum wilden Orkan ausartete. Leider sind wir nun bald daran gewohnt, daß einer Welle politischer Ueberreizung und politischer Umtriebe von rechts eine andere von links folgt. Jedesmal wenn unser Staat im Begriff war, einen Anlauf zu einer Stärkung und äußerem Ansehen zu nehmen und größere Erfolge in naher Zukunft winkten, da erfolgte immer ein Rückschlag, der uns um die

Verfaßtes die Hauptschuld an unserer Zerrüttung im Innern trägt, weil er dem deutschen Volke die notwendige volkswirtschaftliche Grundlage entzogen hat und uns zur Ohnmacht und Sklaverei verurteilt hat. Aber das entbindet keinen Deutschen von der Pflicht, dem Staatswohl seine Privatinteressen unterzuordnen und sich hinter die verfassungsmäßige Regierung zu stellen. Ein Staat ohne Spitze und ohne starke Regierung muß sich notwendig selbst zu Grunde richten und in Anarchie auflösen.

Uebersichten wir kurz den Gang der innerpo-



Lloyd George (1), Barthou (2) und de Facta (3) auf der Konferenz in Genua.

Früchte langer und schwieriger Arbeit brachte. Fast hat es den Anschein, als ob unser Vaterland an inneren Kämpfen und Gegensätzen zu Grunde gehen soll.

Wenn wir vor dem Kriege in den Zeitungen von den verwahrlosten und verrohten Zuständen in Mexiko und einigen Staaten Mittel- und Südamerikas und von den Meuchelmorden, die dort an der Tagesordnung waren, lasen, dann schätzten wir die Köpfe. Wir sind heute nicht mehr weit von mittelamerikanischen Zuständen entfernt.

Wir wissen zwar, daß der Friedensvertrag von

litischen Ereignisse des vergangenen Jahres, so müssen wir mit Bedauern feststellen, daß die staatliche Autorität sich noch keineswegs gefestigt hat. Die Regierung ist dafür nicht verantwortlich zu machen.

Wir Deutsche sind allerdings in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege daran gewöhnt worden, in politischen Dingen uns kein selbständiges Urteil zu bilden und uns von einer allweisen Regierung leiten und befehlen zu lassen. Hinter dieser Regierung stand das Heer und die Macht der Bürokratie. Da gab es keine Widerrede und kein Recht auf Widerstand gegen den allmächtigen

Staat. Der äußere Glanz und ein blühendes Wirtschaftsleben haben zwar die inneren Widersprüche, die auch vor dem Kriege schon vorhanden waren, verdeckt, aber sie haben sie nicht aus der Welt zu schaffen vermocht. Der alte Obrigkeitsstaat hatte sich, da kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, überlebt und die Schwierigkeiten sowohl in der inneren, wie in der äußeren Politik waren ihm über den Kopf gewachsen. Die Unzufriedenen in Staat und Gesellschaft zählten nach Millionen und auch der kleine Landwirt befand sich unter ihnen. Das haben wir alle leider sehr schnell vergessen und suchen für alles Elend von heute die jetzige Regierung verantwortlich zu machen. Wir haben vergessen, daß wir den Weltkrieg verloren haben, den eine unfähige Regierung weder zu verhindern, noch zu lokalisieren verstanden hat. Wir sind durch diesen Krieg arm, recht arm geworden. Das sollten auch jene bedenken, die im Kriege nicht genug bekommen konnten. Und wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir gestehen, daß unsere Feinde nicht viel übler mit uns umgegangen sind in Paris wie wir mit den Russen in Brest-Litowsk.

Arbeiter und Bauern haben heute ein gewichtiges Wort mitzureden in der Politik. Es ist nicht mehr eine über dem Volke thronende Regierung, sondern das Volk, das durch seine selbstgewählte Regierung seine Geschicke leitet. Wer aber regieren will, muß auch die Verantwortung tragen wollen. Wer in der Politik nur an sich und seine eigenen Interessen denkt und sich nicht zu dem Gedanken aufschwingen kann, daß er nur ein Teil eines Volkes, eines Staates ist, der ist kein Patriot, sondern ein elender Stümper und sollte schon daheimbleiben und sich nicht um politische Fragen kümmern.

Mit hohlen Schlagworten kann man weder fruchtbare Politik machen, noch wichtige politische Schwierigkeiten aus dem Wege räumen, auch nicht die wirtschaftliche und soziale Lage unseres Volkes heben. Dazu bedarf es stiller und harter Arbeit. Das sollten auch die Arbeiter bedenken, die heute gar zu schnell geneigt sind die Macht ihrer Organisation in den Dienst überspannter Ideen zu stellen, die mit der starken Wirklichkeit nicht zu vereinen sind.

Ein Volk, das arm geworden ist, dem man die fruchtbarsten und wichtigsten Grenzgebiete geraubt hat und das ungeheure Kriegsschulden zu bezahlen hat, kann nicht daran denken, den Achtstundentag ohne Unterschied für alle Berufe und für alle Arbeiterkategorien beizubehalten

und dabei ebenso große Anforderungen an das Leben zu stellen, wie vor dem Kriege, wo wir noch ein reiches Volk gewesen sind.

Als im Januar durch den Lokomotivführerstreik das ganze Verkehrsleben stillgelegt wurde, da hatte der größte Teil des Volkes das Empfinden, daß hier wichtige Interessen der Nation und des Staates in unverantwortlicher Weise aufs Spiel gesetzt wurden. Die Regierung konnte verhältnismäßig leicht des Streikes Herr werden, weil die übrige Arbeiterschaft geschlossen hinter ihr stand und den Streik mißbilligte.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß staatliche Beamte, wenn sie noch dazu in so lebenswichtigen Betrieben wie Eisenbahn oder Post stehen, kein Recht zu streiken haben können. Allerdings erwächst daraus für den Staat die heilige Pflicht, diesen Beamten einen genügenden und anständigen Lebensunterhalt zu sichern.

Auf der anderen Seite kann auch andern kein Recht zugebilligt werden, die Not der Arbeiter oder Beamten auszubeuten und die eigene wirtschaftliche Macht zu politischen und sonstigen Zwecken zu mißbrauchen. Wer den Eisenbahnerstreik verurteilt, muß auch den Lieferstreik der Landwirte — womit man da und dort gedroht hat — verurteilen.

Recht und Gerechtigkeit müssen das unantastbare Fundament des staatlichen Lebens bilden.

Die Regierung von heute ist machtlos, solange weite Volkskreise sie aus falsch verstandenem Patriotismus bekämpfen oder ihr persönlichen Interesse über das Staatswohl stellen. Die Regierung von heute trägt keineswegs die Schuld an ihrer eigenen Ohnmacht. Sie hat eine traurige Kriegserbschaft antreten müssen, die ihr die alte Regierung hinterlassen hat.

Der Friedensvertrag von Versailles ist die Folge unserer militärischen Niederlage und das Produkt einer einseitigen Macht- und Gewaltpolitik, die wir heute, wo wir kein Heer und keine Flotte und keine Freunde mehr haben, ohne Hintergedanken aufgeben müssen. Wir können uns nur noch auf das Recht berufen, dem die Menschheit schließlich die Anerkennung nicht versagen kann. Nur im Kampfe für die wahrhaft christlichen Grundsätze können wir uns wieder eine feste Position im Völkerverleben verschaffen. Auf diesem Standpunkt steht unsere jetzige Regierung und besonders unser Reichskanzler Dr. Birth.

Als im Mai vorigen Jahres das Ultimatum von London uns mit der Befehung des Ruhegebietes und mit der Auflösung des Reiches be-

drohte, falls wir die Reparationsforderungen der Entente nicht annehmen, da übernahm Dr. Birth das schwierige und verantwortungsvolle Amt des Reichskanzlers und setzte seinen Namen unter das Ultimatum. Dadurch hat er sich zwar zahlreiche Feinde erworben, die sogar mit dem Gedanken spielten, ihn, wie seinen Freund Erzberger, aus dem Wege zu räumen; aber durch seine unerschrockene und tapfere Tat hat er die Katastrophe von uns abgewendet.

Birth hat nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die Feinde Unmögliches von uns verlangten und daß wir nur der rohen Gewalt nachgeben. Uns bleibt vorerst nichts übrig, als den Versuch zu wagen, die Reparationsforderungen zu erfüllen. Unsere Erfüllungspolitik sollte die Welt von der Unmöglichkeit und der Widersinnigkeit der Reparationen überzeugen. Unsere ehemaligen Feinde mußten selbst gewahr werden, daß sie mit dem Londoner Ultimatum sich ins eigene Fleisch schnitten.

Die Ereignisse des letzten Jahres haben unserem Reichskanzler Recht gegeben, und mit Gewißheit konnten wir feststellen, daß die ganze Welt, besonders aber England, Amerika und Italien die Folgen unserer Erfüllungspolitik bald in wenig angenehmer Weise zu spüren bekamen.

In London waren wir gezwungen worden, jährlich zwei Milliarden Goldmark zu bezahlen und außerdem 26 Prozent unserer Ausfuhr an unsere Gegner abzuliefern.

Das zur Zahlung nötige Geld konnten wir uns nur auf einem Wege verschaffen, nämlich durch Arbeit in unseren Fabriken, das heißt wir mußten Waren exportieren. Dafür erhielten wir ausländische Devisen, die Goldwert besaßen.

Da wir aber im Osten und Westen wirtschaftlich wertvolle Gebiete verloren haben und unser verkleinertes Deutschland nicht instande ist, für das 60 Millionenvolk genügend Lebensmittel und Rohstoffe zu erzeugen, mußten wir die fehlenden Waren und Produkten um teures Geld im Ausland kaufen. Wie da nebenbei noch aus unserem Volk die ungeheuren Reparationen herausgepreßt werden sollten, war auch den vernünftigen Politikern des Auslandes ein Rätsel.

Da aber die Säbelpolitiker und die Unvernunft bei unseren Feinden noch die Oberhand haben, so mußten wir sehen, wie wir trotzdem die erste Goldmilliarde am 1. August beschafften. Mit Mühe und Not und mit Hilfe unserer Notenpresse gelang uns das Kunststück. Solange der internationale Geldmarkt noch aufnahmefähig für

deutsche Papiermark war, konnten wir die nötigen Summen in Goldmark noch aufbringen. Aber die Folgen stellten sich sofort ein. Der Kurs der deutschen Mark fiel und die Lebensmittelpreise und die Preise der anderen Waren schnellsten rapid in die Höhe. Das letztere war unseren Gegnern schließlich gleichgültig, nicht aber das stete Fallen des Markkurses; denn hat die Mark keinen Wert mehr, dann kann man mit ihr auch keine Reparationen mehr zahlen. Wir waren daher genötigt, unsere Warenausfuhr zu steigern und den Auslandsmarkt mit deutschen Waren zu überschwemmen, um ja die nötigen Goldmengen zusammenzubringen. Das große Warenangebot mußte notwendigerweise die Preise auf dem Weltmarkt drücken. Die Engländer und Amerikaner schimpften über die unerträgliche deutsche Konkurrenz und verlangten Abhilfe.

Der englische Kaufmann konnte also keine rentablen Geschäfte mehr abschließen. Ist der Kaufmann ohne Beschäftigung, dann ist es auch der Industrielle und der Fabrikant, weil diese die Aufträge von jenen erhalten. Steht die Fabrik still, dann hat der Arbeiter keine Arbeit. Der Arbeiter ohne Verdienst hat kein Brot und muß hungern. Und der hungernde Arbeiter ist kein zufriedener Staatsbürger und bekommt leicht bolschewistische Gedanken.

Das Londoner Ultimatum erwies sich also als ein gefährliches zweischneidiges Schwert.

Doch besehen wir den Schaden, den das Ultimatum der Volkswirtschaft zugefügt hat, noch etwas näher. Das deutsche Volk hat vor dem Kriege für Hunderte von Millionen Goldmark Waren im Ausland, besonders in England und in seinen Kolonien gekauft. Die englische Industrie hatte insolgedessen Arbeit und Absatz. Die Reparationen machen es uns jetzt unmöglich, noch große Käufe in England zu vollziehen, weil wir sparen und haushalten müssen, um zu den gegebenen Terminen unsere Schulden bezahlen zu können. Der englischen, amerikanischen und italienischen Industrie aber fehlt nun der deutsche Kunde, der vor dem Kriege soviel gekauft hat. Daher nahmen im vergangenen Jahr die Klagen über Arbeitslosigkeit, Streiks und Arbeiterunruhen in der Welt außerhalb der deutschen Grenzpfähle kein Ende. Nur in Deutschland war die Industrie vollauf beschäftigt.

Das Heer der Arbeitslosen soll in England auf zwei Millionen angeschwollen sein, in Amerika auf sechs bis sieben Millionen, in der kleinen Schweiz auf 100 000.

Die verschiedenen Staaten suchten sich zu helfen, so gut es eben ging. Amerika errichtete eine hohe Schutzollmauer, um den deutschen Waren den Eingang auf die amerikanischen Märkte zu verschließen, England belegte deutsche Produkte mit besonders gesalzenen Zöllen, die Schweiz machte es ähnlich und Frankreich leistete sich durch seinen Finanzminister sogar den Scherz, deutsche Sachleistungen, besonders Holzlieferungen, die wir nach dem Wiesbadener Abkommen liefern mußten, mit 15prozentigen Zöllen zu be-

am energischsten zu Leibe gerückt, aber leider in einer Weise, wie sie für uns nicht von Vorteil ist. Es hat nämlich seine hilfreiche Hand von Europa mehr und mehr zurückgezogen, weil es die Hoffnung aufgegeben hat, daß in den europäischen Regentessel noch Ordnung gebracht werden kann. Daher hat es Amerika vorgezogen, den Friedenspakt von Versailles nicht zu ratifizieren. Es will mit europäischen Händeln nichts mehr zu tun haben. In Italien empfand man am frühesten und lebhaftesten das Unrecht, das man



Joffe, Tschitscherin, Krassin und Dr. Wirth auf der Konferenz in Genua.

lasten, damit das Geschäft der französischen Holzhändler nicht Schaden leidet.

Zuerst zwingt man uns also, Waren zu Schundpreisen auf den Weltmarkt zu werfen, dann schimpft man auf den unlauteren Wettbewerb der deutschen Industrie und versperrt den deutschen Waren den Weg auf die ausländischen Märkte. Damit ist uns natürlich die Möglichkeit genommen, uns die erforderlichen Devisen und Zahlungsmittel zu Reparationszwecken zu beschaffen. Aus diesen Widersprüchen gibt es nur einen Ausweg: Revision des Friedensvertrages von Versailles. Das sehen allmählich auch die vernünftigen Staatsmänner des Auslandes ein.

Amerika ist dem Friedenspakt von Versailles

dem deutschen Volke zugesügt. Die italienische Volkspartei, die die katholischen Volksteile der Halbinsel unter Führung eines katholischen Priesters, Don Sturzos, gesammelt hat, marschiert geradewegs auf eine Umgestaltung des Versailler Friedens, um den Frieden Europas auf christlicher Grundlage aufbauen zu können.

In England sind es Lloyd George und die hinter ihm stehende Arbeiterpartei und die liberale Partei, die offen den Friedensvertrag als die Quelle alles Elendes und aller Not bezeichnen.

Nur die Franzosen und ihre Schützlinge, die auf Kosten des deutschen Reiches, Rußlands und Oesterreichs groß geworden sind, und sich recht großmülig benehmen, wehren sich mit aller

Energie gegen eine Revision des Friedensvertrages.

Zwei Probleme sind es vor allem, deren gesunde Lösung erst die Voraussetzung eines gerechten und dauerhaften Friedens bieten kann: Das Reparationsproblem u. das Abrüstungsproblem. Beide Fragen sind eng miteinander verknüpft und keine ist unabhängig von der anderen zu regeln. —

Die Franzosen und ihr Gefolge, die Polen, Serben, Rumänen und Tschechoslowaken, sind sich klar darüber, daß die unsinnigen Reparationen aus Deutschland nur mit Zwang und Gewalt herausgepreßt werden können. Da der Friedensvertrag auf Unrecht und roher Gewalt aufgebaut ist, kann er auch nur mit roher Gewalt aufrecht erhalten werden. Deshalb sträuben sich auch die Franzosen so hartnäckig, ihren ungeheuren militärischen Apparat abzubauen.

Um Deutschland niederzuhalten, geht Hand in Hand mit dem militärischen Druck die Knebelung seiner Wirtschaft. Die Reparationskommission verlangt die genaueste Ausführung des Londoner Ultimatum's.

Die unsinnigen militärischen Rüstungen verschlingen die deutschen Kriegsschädigungen, und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bleibt nicht mehr viel übrig.

Daher faßte Ende des vergangenen Jahres die amerikanische Regierung den mutigen Entschluß, die Nationen zu einer **internationalen Abrüstungskonferenz nach Washington** zu berufen. Was hier zur Sprache kam, betraf hauptsächlich die Fragen des fernen Ostens. Durch den Versailler Vertrag war Deutschland aus der Reihe der Kolonialmächte in der Südsee ausgeschieden. Nun galt es die ostasiatische Welt neu zu verteilen. Da keiner dem andern traute, war es höchste Zeit, eine Einigungsformel zu finden. Japan rüstete mit allem Eifer für den kommenden amerikanisch-japanischen Krieg. England war mit Japan verbündet und Amerika wußte nicht, wohin England sich im Falle eines Krieges um Ostasien schlagen würde.

Frankreich hoffte die noch ungeklärte Lage für seine Zwecke ausnützen zu können und hatte sich die Vermittlerrolle auf der Konferenz zugedacht.

Siegesfroh war Briand, der französische Ministerpräsident, nach Washington gefahren. Doch diesmal hatten die Franzosen sich verrechnet. Amerika und England hatten sich schnell verständigt. Am 12. November 1921 legte der amerikanische Staatssekretär Hughes der Konferenz ein

Abrüstungsprogramm vor, nach dem Amerika und England fast gleich große Flotten erhielten, während Japan eine viel kleinere Flotte zugewiesen bekam.

Während die Vereinigten Staaten in Washington nur ihre wirtschaftlichen und militärischen Interessen im fernen Osten im Auge hatten, drückte England der Skuh mehr im nahen Osten, das heißt in Syrien und Kleinasien, und im Atlantischen Ozean, wo Frankreich seine eigenen Wege ging und der englischen Politik allenthalben Schwierigkeiten machte.

Amerikas Gegner war Japan, Englands Gegner ist Frankreich. Hatte England Amerika in der Abrüstungsfrage gegen Japan unterstützt, so unterstützte Amerika England gegen Frankreich. England betonte die Notwendigkeit der Seeabrüstung im Atlantischen Ozean und wollte vor allem den Unterseebootkrieg für rechtswidrig und unzulässig erklärt wissen. Frankreich dagegen verlangte eine ebenso große Flotte wie Japan und das Recht U-Boote nach Belieben bauen zu dürfen. Eine größere Rechtfertigung hätte unser U-Bootkrieg kaum erfahren können. England hatte jedoch mit den deutschen U-Booten keine guten Erfahrungen gemacht und sieht mit Sorge einer neuen U-Bootsflotte entgegen, die noch gefährlicher werden kann, als es die deutsche war. Daher der energische Vorstoß Englands gegen Frankreich wegen der U-Bootsfrage. Es soll deswegen zu recht unliebsamen Zusammenstößen zwischen Engländern und Franzosen in Washington gekommen sein.

Schließlich einigte man sich aber doch und Frankreich mußte nachgeben. Japan hatte sich mit seiner verhältnismäßig geringen Flotte erst zufrieden gegeben, nachdem ihm Amerika bedeutende wirtschaftliche Zugeständnisse in Ostasien gemacht hatte. Am 12. Dezember 1921 wurde dann das sogen. Viermächteabkommen zwischen Amerika, England, Japan und Frankreich getroffen, wonach sich die Mächte verpflichten, den gegenseitigen Besitzstand zu achten und zu keinen Maßnahmen zu greifen, die den Frieden im fernen Osten gefährden könnten. Der Vertrag läuft vorerst zehn Jahre.

Frankreich hatte viel Mißfallen durch seine Flottenpläne bei den Amerikanern und Engländern erregt. Trotzdem war es ihm anfänglich gelungen, die Mächte davon zu überzeugen, daß die Abrüstung zu Lande nicht Gegenstand von Verhandlungen sein könne, weil Frankreich ein großes Heer nötig habe, um die Deutschen in

Schach halten zu können. Hätte es sich in der Flottenfrage vernünftiger gezeigt und wäre es England nicht zu nahe getreten, dann wäre ihm wohl nicht das Unglück passiert, daß die Landabrüstungsfrage von neuem aufs Tapet gebracht wurde. Der italienische Vertreter Schanzer beantragte nämlich im Laufe der Verhandlungen allgemeine Abrüstung zu Lande, was bei den Franzosen viel böses Blut machte. Es wurden zwar keine Beschlüsse gefaßt. Aber Frankreich

de uns im Januar ein vorläufiger Zahlungsaufschub gewährt. Darnach mußten wir alle zehn Tage 31 Milliarden Goldmark bezahlen, bis die Reparationskommission unsere Leistungsfähigkeit eingehend geprüft und eine endgültige Entscheidung getroffen hatte.

Als Lloyd George in Cannes aber dann noch die Frage der Abrüstung zu Lande berührte, da wurde man in Paris nervös und verlangte die Demission Briand's, den man für zu nachgiebig



Palazzo Reale in Genua, Sitzungsgebäude.

hatte sich erneut isoliert und galt allgemein als Unruhestifter und Friedensstörer.

England hatte seine internationale Stellung auf der Konferenz geschickt verteidigt und konnte es nun wagen, die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Fragen des europäischen Festlandes zur Sprache zu bringen.

Um die Jahreswende hatte sich Deutschland außerstande erklärt, das Londoner Ultimatum in den nächsten Jahren restlos auszuführen und hatte Zahlungsaufschub verlangt. Vorher hatte unsere Regierung noch den mißglückten Versuch gemacht, bei der englischen Bank eine große Anleihe aufzunehmen.

Auf der Wirtschaftskonferenz in Cannes wur-

de uns im Januar ein vorläufiger Zahlungsaufschub gewährt. Darnach mußten wir alle zehn Tage 31 Milliarden Goldmark bezahlen, bis die Reparationskommission unsere Leistungsfähigkeit eingehend geprüft und eine endgültige Entscheidung getroffen hatte.

Als Lloyd George in Cannes aber dann noch die Frage der Abrüstung zu Lande berührte, da wurde man in Paris nervös und verlangte die Demission Briand's, den man für zu nachgiebig

hatte sich erneut isoliert und galt allgemein als Unruhestifter und Friedensstörer. England hatte seine internationale Stellung auf der Konferenz geschickt verteidigt und konnte es nun wagen, die schwierigen wirtschaftlichen und politischen Fragen des europäischen Festlandes zur Sprache zu bringen. Um die Jahreswende hatte sich Deutschland außerstande erklärt, das Londoner Ultimatum in den nächsten Jahren restlos auszuführen und hatte Zahlungsaufschub verlangt. Vorher hatte unsere Regierung noch den mißglückten Versuch gemacht, bei der englischen Bank eine große Anleihe aufzunehmen. Auf der Wirtschaftskonferenz in Cannes wur-

Steuerzahler das Menschenmögliche herauszupressen.

Die deutsche Regierung wies in ihrer Antwort auf die Schwierigkeiten der Devisen- und Rohstoffbeschaffung hin, weil die Mark im Ausland fast allen Wert verloren hatte und legte ein Steuerprogramm vor, wodurch der deutsche Steuerzahler in einem Maße belastet wurde, daß eine weitere Anspannung der Steuerschraube auf heftigsten Widerstand beim Volke stoßen mußte.

Am 22. März gab uns die Reparationskommission ihre endgültigen Entscheidungen bekannt. Sie fielen schlimmer aus als unsere Schwarzseher gefürchtet hatten. Es wurde uns eine teilweise Stundung unter der Bedingung gewährt, daß wir zu den neugeplanten Steuern noch 60 Milliarden weitere Steuern hinzuzufügen haben. Diese Steuern mußten bis zum 31. Mai vom Reichstag angenommen sein. Außerdem sollten wir uns eine Kontrolle unserer Finanz- und Steuergebarung von einem feindlichen Garantieauschuß gefallen lassen. Die Reparationen für das Jahr 1922 wurden nur um ein Weniges gekürzt bzw. an Stelle von Goldzahlungen Sachleistungen verlangt. Wir hatten zu bezahlen 120 Milliarden Goldmark und 1450 Millionen in Sachlieferungen. Ein deutscher Minister hätte es nicht wagen dürfen, diese Forderungen anzunehmen, so groß war die Erregung im Reichstage und im Volke. Der Reichskanzler Wirth bezeichnete die Reparationsnote als unannehmbar und ihre Durchführung für unmöglich. Für den Fall, daß bis zum 31. Mai keine Einigung mit der Reparationskommission zustande kam, sollte der Londoner Zahlungsplan wieder in Kraft treten.

Daß wir nicht imstande waren, die ungeheuren Summen zu bezahlen, sahen auch die Franzosen ein. Ihnen war es aber nicht um Bezahlung der Reparationen zu tun, als vielmehr darum, einen Vorwand zu erhalten, um deutsche Gebiete zu besetzen.

Das Reparationsproblem war aber nicht mit militärischen Maßnahmen zu lösen. Die deutsche Mark sank in erschreckender Weise; damit ging in Deutschland parallel eine ungeheure Steigerung aller Inlandspreise. Die Gegner der Wirth'schen Erfüllungspolitik machten die Regierung für alles Elend verantwortlich und verstanden es, geschickt die allgemeine Unzufriedenheit gegen die republikanische Staatsform auszunützen.

Aus dem europäischen Wirrwarr sollte die internationale Konferenz von Genua einen Ausweg finden. Der Gedanke Lloyd Georges, alle

leitenden Staatsmänner zu einer gegenseitigen mündlichen Aussprache zusammenzuführen, wurde von allen Nationen — mit Ausnahme der Franzosen — freudig begrüßt.

In Genua sollte es weder Sieger noch Besiegte geben. Zum erstenmale wollte man uns nicht diktieren, sondern mit uns auf gleichem Fuße über die wichtigsten Fragen verhandeln.

Aber die Konferenz krankte von Anfang an an inneren Widersprüchen und unüberbrückbaren Gegenätzen. Die Franzosen hatten zur Voraussetzung ihrer Teilnahme an der Konferenz gemacht, daß den Deutschen keine neuen Zugeständnisse in der Reparationsfrage gemacht werden dürfen und daß die Abrüstungsfrage vorerst nicht aufzurollen sei. Ohne allgemeine Abrüstung und ohne Aenderung unserer Reparationen war aber ein wahrhafter und dauerhafter Frieden in Europa nicht herzustellen.

Die Frage unserer Kriegsschädigung wurde daher in Genua mit keinem Worte berührt. Immerhin gelang es unseren Vertretern, besonders dem Reichskanzler und dem ermordeten Rathenau eine dem deutschen Volke wieder günstige Atmosphäre zu schaffen. In Genua erkannte man allgemein die Notwendigkeit an, daß für das deutsche Volk und für Mitteleuropa etwas getan werden müsse.

Daher wirbelte die Brand- und Geheide Poincares in Bar le Duc, wo uns mit militärischen Sanktionen gedroht wurde, wenn wir die Forderungen der Reparationskommission nicht annehmen, zwar viel Staub auf, aber sie konnte die Tatsache nicht wegleugnen, daß Amerika, das inoffiziell in Genua vertreten war, England und Italien eine verständigere und verständige Lösung der Reparationsfrage wünschten.

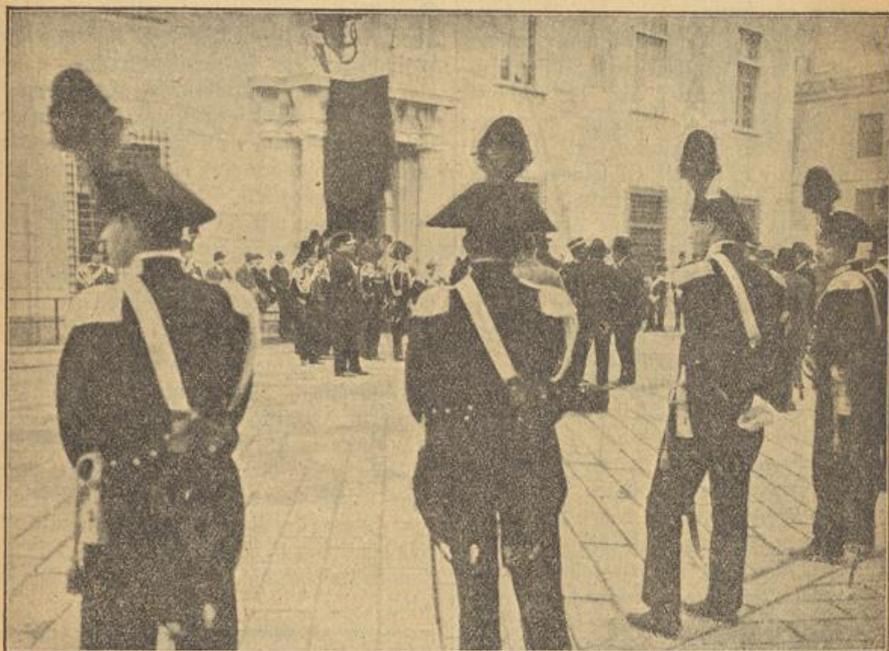
Man versuchte es daher nochmals mit einer internationalen Anleihe, die uns die nötigen Reparationssummen für die nächsten Jahre verschaffen sollte. Es kam der 31. Mai und die Franzosen marschierten nicht.

Die Anleiheverhandlungen, die die Reparationskommission und unser Finanzminister Hermes mit dem amerikanischen Milliardär Morgan führten, verliefen jedoch resultatlos. Solange der Friedensvertrag nicht revidiert wird und solange der Reparationsplan nicht radikal geändert wird, leiht kein Geldgeber der deutschen Regierung Geld. Nach dem Friedensvertrag ruht auf dem öffentlichen und staatlichen Besitz und Einkommen des Reiches und der Länder eine Gewalthypothek. Bezahlen wir nicht pünktlich, so haftet

das Staatsvermögen. Einem überschuldeten und mit Hypotheken überlasteten Staat gibt natürlich kein vorsichtiger Geldgeber Geld. Er würde es wohl nie wieder zurückerstattet bekommen. Man leiht nur Geld, wenn man weiß, daß es zu nützlichen und produktiven Zwecken verwendet wird. Die Amerikaner haben aber keine Lust, die deutschen Reparationen zu bezahlen, damit die Franzosen gewaltige Heere in der ganzen Welt unterhalten können.

Auf der Konferenz von Genua waren auch

Es fiel den Mächten recht schwer mit den Bolschewisten, die man als schmutzige Kommunisten mit Stumpf und Stil hatte ausrotten wollen, sich ins Benehmen zu setzen. Jedenfalls wollte man in Genua ihnen doch noch zeigen, daß die westlichen Regierungen himmelhoch über der russischen ständen und die Russen dankbar sein müßten, daß man sie eingeladen habe. Besonders die Franzosen wollten sich aufs hohe Roß setzen. Man hatte alles so schön vorher geregelt, hatte den Russen vorgerechnet, was sie zu bezahlen hatten und



Absperrungen vor dem Konferenz-Palast.

zum erstenmal die Russen offiziell vertreten. Die Bolschewisten hatte man nicht aus Sympathie für die Russen nach Genua gerufen. Vielmehr waren die Mächte nur einem Zwange gefolgt, als sie sich herabließen, mit der Sowjetregierung zu verhandeln. Die Welt kann ohne das russische Getreide und die russischen Rohstoffe nicht existieren und die westeuropäische Industrie braucht den weiten russischen Markt, um ihre Produkte absetzen zu können. Außerdem mußte dem deutschen Volk geholfen werden und mußte in Mitteleuropa wieder Ruhe und Sicherheit geschafft werden, wenn nicht der Friede von ganz Europa in Frage gestellt werden sollte.

wollte ihnen ein gewaltiges Sündenregister verlesen. Doch wollte man Gnade walten lassen und Rußland helfen, wenn es alle Forderungen annimmt und sich eine ausländische Kontrolle seiner Regierung und seiner Finanzen gefallen läßt.

Doch die Russen waren nicht auf den Kopf gefallen. Sie wußten, daß die Engländer und Franzosen auf die Stütze Rußlands angewiesen waren. Sie hörten also das Schuldenregister ruhig an und versprachen Anerkennung der Vorkriegsschuld, die der Zar in Frankreich und in England aufgenommen hat. Auch die ausländischen Kapitalisten wollte man entschädigen, die

durch die Sozialisierung der Fabriken und der Naturschätze geschädigt worden waren. Die Russen dachten jedoch, was dem einen recht ist, ist dem anderen billig und stellten eine gesalzene Gegenrechnung auf.

Dann machten sie einen Strich unter die Rechnung und fanden, daß Rußland den anderen Mächten genau so viel schuldet als die Mächte Rußland. Die Franzosen tobten und drohten die Konferenz zu sprengen. Die Entente versuchte auf dem Wege geheimer Verhandlungen zu einem günstigeren Resultat zu gelangen. Die Russen machten es ebenso.

So kam am Oftertag der Vertrag von Rapallo zustande, indem die Deutschen und Russen sich miteinander verständigten und für die Zukunft einander wirtschaftliche Unterstützung zusagten. Wir sollten Rußland Industrieartikel liefern, während Rußland uns Anteil an seinem Reichtum an Rohstoffen und Lebensmitteln versprach. Die englischen und die französischen Staatsmänner verloren die Fassung, als sie vom Vertrage erfuhren. Doch die Russen ließen sich nicht irre machen. Die Engländer und Italiener fügten sich zuerst in das Unabänderliche und machten eneratische Versuche, um die russische Frage in friedlicher Weise zu lösen. Man bekam doch allmählich Angst vor der Möglichkeit eines russisch-deutschen Zusammengehens, und vor einer Russifizierung Mitteleuropas. Die Zugeständnisse, die man Rußland machen mußte, gingen Frankreich aber zu weit. Man beraumte daher eine neue Zusammenkunft in Haag an, wo die russischen Fragen erneut behandelt werden sollten. Bis jetzt ist man noch zu keiner Einigung gelangt. Doch darf man hoffen, daß Rußland sowohl, wie auch England und Italien in manchen Punkten nachgeben werden im Interesse des allgemeinen Friedens.

Seit Mai 1921 steht nun Dr. Wirth als Reichskanzler an der Spitze unserer Regierung und bestimmt die Richtlinien der Politik. Leicht ist ihm die Aufgabe nicht gemacht worden. Er hat zu kämpfen gegen die Staatsfeinde von rechts und von links, die mit allen Mitteln die Grundlagen unseres Staates zu unterminieren versuchen, und er hat die fast übermenschliche Aufgabe übernommen, unsere Feinde, die Unmögliches von uns fordern, zufriedenzustellen. Weite Kreise des Volkes haben ihm den Vorwurf gemacht, daß er durch seine Erfüllungspolitik Deutschland an den Rand des Verderbens gebracht und dem deutschen Volke auf Jahrzehnte hinaus unerträgliche Lasten aufgebürdet hat.

Es fragt sich nur, ob bei der heutigen Weltlage eine Politik des aktiven oder passiven Widerstandes Aussicht auf den geringsten Erfolg hat. Diejenigen, die eine energische und machtvollere Politik verlangen und allen feindlichen Forderungen ein glattes Nein entgegensetzen wollen, vergessen, daß wir im Kriege Heer und Flotte und alle militärischen Machtmittel verloren haben und in wirtschaftlicher Hinsicht auf das Ausland angewiesen sind.

Deswegen war es auch eine Torheit, als der Reichstag den Reichskanzler im Oktober 1921 zur Demission zwang, weil die Lösung der oberschlesischen Frage wider alles Recht und gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages ausgefallen war. Es war Wahnsinn, die Regierung wegen des Dittats, das die Teilung Oberschlesiens entschied, zu stürzen, weil sie nicht verhindert hat, was zu verhindern auch eine Regierung Helfferich nicht vermocht hätte. Durch die Teilung Oberschlesiens verloren wir 86 Prozent der oberschlesischen Kohle, 60 Prozent des bisher deutschen Zinkes, da sämtliche Zinkhütten Polen zugeteilt wurden, 63 Prozent des oberschlesischen Bleies und bedeutende Erzgruben.

Der Not gehorchend mußten wir das Diktat annehmen. Als es nun darauf ankam, eine Regierung zu finden, die die Verantwortung vor dem Volke zu übernehmen geneigt war, da stellte sich allgemeine Verwirrung und Ratlosigkeit ein. Aber Wirth war nicht der Mann, der sein Vaterland in der Not im Stiche lassen konnte. Er bildete daher am 15. Oktober ein neues Kabinett, das auch heute noch die Geschicke unseres Vaterlandes leitet.

### Kästige Haare

Können spielend leicht und gänzlich unschädlich, selbst für die empfindlichste Haut durch die Anwendung des „Gewalin-Haarentferners“ Marke Antipillor — sofort radikal beseitigt werden.

„Gewalin-Haarentferner“ ist das einzige Präparat dieser Art das durch deutsches Reichspatent Nr. 196 671 geschützt ist und darf daher von keinem nachgemacht werden.

Zudem bringen die mehrfachen Auszeichnungen des Präparates auf internationalen Ausstellungen mit goldenen Medaillen, Ehrenkreuzen und Ehrendiplomen und die nach tausenden zählenden Anerkennungs- und Dankschreiben den Beweis, daß „Gewalin-Haarentferner“ — Marke Antipillor — inbezug auf Wirksamkeit von keinem andern Mittel zu übertreffen ist.

Der jetzige Preis beträgt 75 M. pro Originalpackung, ausschließlich Porto und Verpackung.

Das Präparat ist nur durch den alleinigen Patentinhaber und Fabrikanten: Hermann Wagner, Berlin N. 11, Blumentalstraße 99 zu beziehen.

Die Bemühungen Dr. Wirths waren von vornherein auf Schaffung einer möglichst breiten Regierungsbasis gerichtet. Denn er erkannte sofort, daß die neuen Steuern, die die notwendige Folge seien, Erfüllungspolitik waren, nur von einer Regierung zu erhalten waren, die sich auf eine große Mehrheit im Reichstag stützen konnte. Aber die große Koalition kam nie zustande. Die Gegensätze zwischen den Links- und Rechtsparteien waren zu groß, und man hat oft das Empfinden, daß die Parteien die ganze innere und äußere Politik nur unter dem engen Gesichtswinkel ihrer Parteiinteressen betrachten und zuviel Rücksichten auf die Wünsche ihrer Wähler nehmen müssen. Und Steuern zahlt niemand gern.

Die Unabhängigen und die Sozialisten verlangten Erfassung der Sachwerte, d. h. sie wollten eine hohe Steuer auf das Vermögen und den Besitz legen. Auch der landwirtschaftliche Besitz sollte viel stärker als bisher besteuert werden. Die Unabhängigen forderten zur Sicherstellung der Steuer die Eintragung einer Hypothek. Die Besteuerung der Sachwerte bedeutet nichts anderes als eine teilweise Enteignung des Besitzes und war keineswegs geeignet, den selbständigen Landwirt und Unternehmer zu freudiger Mitarbeit und zur Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit anzu-spornen. Die Steuer wurde daher vom Zentrum und besonders von der deutschen Volkspartei entschieden abgelehnt.

Schließlich einigte man sich zu einem Kompromiß, dem sogenannten Steuerkompromiß, das zwischen den Mehrheitssozialisten und den bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen zustande kam. Das Steuerkompromiß stellt das Auserkerte dar, bis zu dem das deutsche Volk nach Ansicht unserer einsichtigen Wirtschaftler und Politiker belastet werden kann. Wir haben darnach eine ganze Reihe neuer Steuern — rund 60 Milliarden Mark — eingeführt. Dazu kommt dann noch die Zwangsanleihe von 1 Million Goldmark, die von den bestehenden Klassen bedeutende Opfer verlangt. Die Zwangsanleihe kann auf keinen Fall wiederholt werden.

Trotzdem reichen die Steuern nicht aus, um unseren Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Im April betrug die schwebende

Schuld des Reiches allein 280 Milliarden. Um den maßlosen Verpflichtungen unserer Feinde nachkommen zu können, hat die Papierpresse ununterbrochen gearbeitet. Aber so kann es nicht weiter gehen. Die Papierpresse kann keinen Reichtum schaffen, sie wirft nur wertlose Scheine auf den Markt und vergrößert die Staatsschuld ins Unermeßliche.

Helfen kann nur die Einsicht bei unseren Feinden. Unsere Kriegsschädigung muß auf ein vernünftiges u. erträgliches Maß herabgesetzt werden und für die ersten Jahre muß das immerhin noch reiche und geldbesitzende Ausland unsere Kriegsschädigung zahlen, das heißt es muß uns eine festverzinsliche Anleihe gewähren.

Kommt keine Hilfe vom Ausland und hoffen wir vergebens auf die einsichtigen Elemente bei unseren ehemaligen Gegnern, dann erhebt sich vor uns eine unsichere und dunkle Zukunft.

Doch wird unsere Lage nicht dadurch verbessert, daß man die Männer beseitigt, die das schwere und verantwortungsvolle Amt auf sich nehmen, Mittel und Wege zu finden, um zu einer Verständigung und zu einem dauerhaften und wahren Frieden zu gelangen.

Dem Vaterland ist nicht mit leeren Schlagworten und hochtönenden u. nichtsagenden Phrasen gedient, sondern das Vaterland verlangt Mitarbeit und Pflichtgefühl. Der Krieg hat uns arm gemacht und uns ungeheure Lasten auferlegt. Diese müssen wir gemeinsam tragen und verteilen entsprechend der Leistungsfähigkeit der einzelnen Staatsgenossen. Die Steuern kann uns keine Regierung abnehmen. Die harte Wirklichkeit läßt sich nicht weadisputieren. Staatsnotwendigkeiten müssen wir zu begreifen versuchen, dann erst dürfen wir kritisieren und rasonieren.

Nur im rechten Verständnis unserer Not, in einmütiger Zusammenarbeit aller Volksgenossen werden wir über die schweren Zeiten hinwegkommen in denen wir nun einmal leben. Einer für Alle und Alle für Einen, das muß unsere Losung sein. Dann dürfen wir allmähliche Besserung hoffen und optimistischen Zeiten entgegensehen.

Möge das Jahr 1923 für unser liebes deutsches Vaterland einen Fortschritt in dieser Hinsicht bedeuten!

■ ■ ■

**Eine Million** Harmonikas und Laute und über tausende andere Musikinstrumente werden alljährlich in A. Ingerthal und Umgebung verfertigt. Wer drüber b. Ver. 17 an Jugha montas, Banonons, Violinen, Gitarren, etc. hat und selber direkt vom Fabrikationsort kaufen will, dem ist dringend zu empfehlen, sich an die bekannte Firma Meinel & Herold in Klingental, l. S. zu wenden. Ge-

nannte Firma ist im Besitz von über 140 000 notariell beglaubigter, freiwillig eingesandter Dank und Anerkennungsschreiben, welche ein sicherer Beweis sind, daß trotz der äußerst niedrigen Preise nur wirklich gediegene und brauchbare Ware zum Verland kommen. Niemand verläume daher vor Ankauf eines Instrumentes den neuen Katalog mit vielen Abbildungen umsonst zu verlangen, derselbe wird von Sebermann portofrei versandt.



### Die Welt urteilt nach dem Schein.

Eine unschöne, ja lächerlich wirkende Nase ist für jeden, wer und wann es auch sei, ein Nachteil, teils im Beruf, teils im gesellschaftlichen oder persönlichen Verkehr. Wie man aussieht, so wird man bewertet. Daher sei auch hier einmal auf den bekannten Nasenformer Zello-Punkt hingewiesen. Heute schon ist die Retordzahl von 20000 Apparaten im Gebrauch. Stän-

**Pfarrdorf Ebersroth in Bayern.**  
 Uriere Leser wird es interessieren, hier im Bilde den Ort kennen zu lernen, woselbst der † Pfarrer Ludwig Heumann viele Jahre lang wirkte. Seine Heilmethode ist inzwischen weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannt geworden. Ein Büchlein, in welchem die Pfarrer Heumannsche Heilmethode näher beschrieben ist, wird jedem Leser gern umsonst überandt, wenn er der Firma Ludwig Heumann & Co., Nürnberg R 220 seine Adresse bekanntgibt. Im Interatenteil befindet sich übrigens ein diesbezüglicher Bestellschein, welcher zwecks Postersparnis als Drucksache versendet werden kann. (Große Ausgabe (400 Seiten) Mf. 5.—.)

dig wird er dabei dugendfuch von Aerzten Professoren empfohlen, selbst eine allererste medizinische Autorität Hofrat Professor Dr. med. von Gf hat sich mit ihm beschäftigt und ihn rüchhaltlos als genial durchnacht bezeichnet. So siegt der Zello Punkt überall. Zu beziehen vom Laboratorium „Gta“, Berlin W 365, Potsdamerstraße 32.

■ ■ ■

## Humoristisches.

**Warum er seinen Namen ändern wollte.** Der Materialwarenhändler August Ziez hat beim Landrat den Antrag gestellt, seinen Namen ändern zu dürfen. Der Landrat bescheidet ihn zu sich und hält ihm vor, daß das doch mit großen Umständen und Kosten verknüpft sei. Warum er denn eigentlich den Namen ändern wolle. „Ziez“ sei doch ein ganz hübscher Name. „Ja, sehen Sie, Herr Landrat“, erklärte Ziez, „ich habe mir neulich ein Telephon anlegen lassen. Wenn es nun klingelt und ich rufe ins Telephon: „Hier Ziez“, so bekomme ich jedesmal zur Antwort: „Dann machen Sie doch das Fenster zu!“, und das kann ich auf die Dauer nicht aushalten, Herr Landrat.“

**Galgenhumor.** Bei einem Hochzeitschmaus in einem Vorstadtwirtshaus ist eine Kauferei entstanden, bei der auch das Brautpaar zufällig auf die Straße hinausflog. — „Sieghst, Kathi,“ sagt lustig der junge Chemann zu seiner besseren Hälfte, „das war jetzt unsere Hochzeitseraise!“

**Bahnhofsbrötchen.** Reisender (im Bahnhofsrestaurant): Die Brötchen sind furchtbar klein!“ Wirt: „Die Büge halten hier auch nur eine Minute.“

**Nicht verlegen.** Frau: „Das übersteigt aber schon wirklich alle Grenzen mit dir — heute früh bist du erst um 6 Uhr nach Hause gekommen!“ — Mann: „Ja, siehst du, Weiberl, das tue ich nur aus Gesundheitsrücksichten, du weißt, der Doktor hat mir verordnet, jeden Morgen frühzeitig eine Stunde spazieren zu gehen. Weil ich nun aber schwer aufstehe morgens, so bleibe ich lieber gleich auf, bis es Zeit ist.“

**Der verlorene Sohn.** „Denken Sie sich das Malheur, mein kleiner Wilhelm hat sich verlaufen!“ — „Na, ist da was dabei? Kennt ihn doch jeder in der Nachbarschaft.“ — „Niemand wird ihn kennen, gerade heute habe ich ihn gewaschen.“

**Der Andere . . .** Hoheit besuchte das Zucht-haus und begnadete einen grauhäuptigen Sträfling mit huldvoller Ansprache. „Was hat Sie ins Gefängnis gebracht?“ — „Jugendlicher Leichtsinn und Unerfahrenheit“, sagte demütig und betrübt der Angeredete. „Aber Mensch“, rief Hoheit, „Sie sind doch sicher sechzig Jahre alt?“ — „Vierundsechzig, königliche Hoheit! Aber ich red ja gar nicht von mir, sondern von meinem Verteidiger!“

**Unerfroden.** Ein Forschungsreisender sucht für seine Expedition einen kühnen Diener. Auf sein Besuch meldet sich ein kräftig gebauter junger Mann. „Sind Sie unerfroden?“ „Jawohl!“ „Besitzen Sie Geistesgegenwart?“ „Jawohl!“ „Stellen Sie sich zur Probe dort an die Wand!“ Puff! Der Forschungsreisende hat ihm mit seinem Revolver durch Hut und Haare haarscharf über den Kopf geschossen. Der Mann steht stramm. „Heben Sie den rechten Arm hoch.“ Puff! Direkt unter der Achsel ist eine Kugel durch die Jacke in die Wand gesaust. Der Mann steht wie aus Eisen. „Gut“, sagte der Reisende. „Sie sind zu gebrauchen. Ich engagiere Sie hiermit und hier sind vierzig Mark für den verdorbenen Hut und das Jackett!“ „Na — und für die Hosen?“ fragte der junge Mann.

\*

**Falsche Auffassung.** Zwei Bauern gehen ins Theater, nehmen sich eine Wurst mit und zwei Flaschen Bier. Der Billeteur fragt: „Wünschen Sie ein Opernglas?“ Darauf sagte der eine Bauer: „Na, wir trinken aus der Flasche.“

\*

**Gut gesagt.** — A.: „Weshalb willst du denn das reiche, dürre Fräulein von Stangen nicht heiraten?“ — B.: „Om, hm! Bin Landwirt und Schwärme deshalb nicht für eine lange Dürre.“

\*

**Annehmbarer Vorschlag.** Gläubiger (ungeduldig): „Jetzt schide ich Ihnen seit Jahresfrist alle vierzehn Tage eine Rechnung . . .“ — Schuldner: „Gut, lassen Sie das für die Folge; wenn Sie mir jedesmal das Porto gutschreiben, werden wir schon mit der Zeit glatt werden!“

\*

**In der Notwehr.** Laura: „Ich dachte immer, daß du den Assessor nicht leiden könntest und nun hast du ihm doch dein Jawort gegeben.“ — Verta: „Ja, das kam so: Neulich begleitete er mich bei strömendem Regen nach Hause. Plötzlich blieb er stehen und sagte: „Wenn Sie mich jetzt nicht erhören, Fräulein, dann ziehe ich den Schirm weg!“ Was wollte ich da machen — ich konnte mir doch meinen neuen Hut nicht verderben lassen.“

\*

**Der grobe Wirt.** Am Fuße eines von Ausflüglern vielbesuchten Berges, wohin auch Serenissimus hie und da seine Spaziergänge macht, steht ein Wirthaus, dessen Eigentümer, ein altes Original, durch seine klassische Grobheit weitum

berühmt ist und Gäste, die ihm nicht gefallen, auf ganz besonders unangenehme Art behandelt, wobei es ihm ganz gleich ist, ob der Betreffende ein armer Handwerksbursche oder ein vornehmer Herr ist. Unter anderen hatte auch ein Kammerherr von Serenissimus eine unangenehme Begegnung mit dem Alten, die damit endete, daß der letztere den Kammerherrn einfach beim Kragen packte und ihn zur Tür hinauskomplimentierte. Der also Gemafregelte machte gute Miene zum bösen Spiel. Er erzählte selbst die Begebenheit bei Hofe und tat, als habe er das Wirthshaus nur aufgesucht, um den wegen seiner Grobheit bekann- ten Wirt persönlich kennen zu lernen und zu sehen, ob er sich nicht durch Vornehmheit imponieren lasse. Einige Wochen später redete Serenissimus den Kammerherrn an: „Nun habe ich auch den alten Wurzenmeier kennen gelernt, ich war dort, der Kerl ist in der Tat sadgrob!“ — „Haha-ha!“ — lachte der Kammerherr, „haben Hoheit auch die Gnade gehabt, sich von ihm rauswerfen zu lassen?“  
Dr. Jotus.

\*

**Kengstlich.** Ein junger Mann, der wenige Stunden Bahnfahrt von seiner Braut entfernt wohnt, versäumte am Hochzeitstag den Zug. Voller Angst telegraphiert er: „Nicht heiraten, ehe ich komme.“

\*

**Von der Kleinbahn.** Reisender: „Sie Herr Schaffner, als ich das letzte Mal mit diesem Zuge fuhr, regnete es durch das Loch hier oben im Dache derart herein, daß der Fußboden ein See war, und heute ist das Loch immer noch da. Sorgt denn Ihre Bahn für gar nichts?“ — „Oh doch! Sehen Sie denn das Loch im Fußboden nicht? Das hat die Verwaltung hineinsägen lassen, damit das Wasser sofort ablaufen kann.“

\*

**Ein Schlauberger.** Onkel (dessen Nefse Philologie studiert): „Ein bißchen leichtsinig ist ja mein Nefse, aber er liefert den Beweis, daß er auch arbeitet! In seinem heutigen Briefe pumpt er mich in sechs verschiedenen Sprachen an!“

\*

**Der Unermüdlige.** Den Gutsbesitzer bittet ein Bagabund um Arbeit und versichert ihm, daß er nie müde werde. Als der Herr aufs Feld kommt, liegt der Mann gemüthlich unter einem Baum. „Was ist denn das?“ fragte er streng. „Sie sagten doch, daß Sie niemals müde werden?“ — „Stimmt auch vollkommen“, meinte der andere ruhig. — „So werde ich es doch nie!“